



AN DEN WAHLKREIS 60 VON HANS-GEORG VON DER MARWITZ

Unter den Linden 71, 10117 Berlin · fon (030) 227 71426 · fax (030) 227 76426
internet: hans-georg.vondermarwitz@bundestag.de · www.von-der-marwitz-mdb.de

Liebe Freunde,

Wichtige Veränderungen, Entwicklungen und Entscheidungen in Berlin

In Berlin überschlugen sich die Entwicklungen in den letzten Wochen förmlich. Im Zeitraffertempo vollzogen sich personelle Wechsel und wurden Gesetzesvorhaben beschlossen. Die Bundesversammlung, die Christian Wulff zum 10. Bundespräsidenten wählte, war mit neun Stunden die längste in der Geschichte der Bundesrepublik.

Rücktritt und Neuwahl des Bundespräsidenten

„Wo waren Sie, als der Bundespräsident zurücktrat?“ - so eine der meistgestellten Journalistenfragen. Am 31. Mai war ich in Friedersdorf und zu dieser mittäglichen Stunde fernab der Tickermeldungen. Umso intensiver habe ich die sich anschließende öffentliche Debatte verfolgt. Viele fühlten sich berufen, die Hintergründe der Entscheidung des Bundespräsidenten zu ergründen und die Folgen für das politische Berlin zu analysieren. Dabei gerieten nur allzu oft seine Leistungen als Staatsoberhaupt in den Hintergrund. Dieser Bundespräsident war - darin besteht Einigkeit über Parteigrenzen hinweg - beliebt, wurde international geschätzt und hielt mit seiner Meinung nicht hinter den Berg. Auf seinen überraschenden Rücktritt reagierten die meisten Menschen geschockt und mit Bedauern. Das Unverständnis über diesen Schritt mündete teils auch in Verärgerung. Nicht zuletzt, weil Deutschland vielfältige Herausforderungen meistern muss.

Worauf es in den vier Wochen bis zur Neuwahl am 30. Juni ankam, waren Respekt und Besonnenheit. Respekt vor dem Menschen Prof. Dr. Horst Köhler, seiner Entscheidung und dem Amt des Bundespräsidenten, das nicht nur durch verbale Anfechtungen vor, sondern auch nach dem Rücktritt beschädigt zu werden drohte. Besonnenheit bei der Wahl seines Nachfolgers.

Wie seinerzeit Prof. Dr. Roman Herzog wurde Christian Wulff im dritten Wahlgang gewählt. Eine aus meiner Sicht im besten Sinne demokratische Wahl. Denn sie verdeutlichte, dass die Wahlmänner und Wahlfrauen tatsächlich frei und nach ihrem Gewissen um den besten Kandidaten rangen. Niemand wird in Abrede stellen, dass bei der Bundespräsidentenwahl immer auch parteipolitische Erwägungen eine Rolle spielen. In die Tatsache, dass drei Wahlgänge stattfanden, nun dunkle Wolken über der Koalition hineinzuinterpretieren, ist ebensowenig zielführend wie die Spekulationen um Köhlers Rücktritt. Das Ergebnis zählt. Christian Wulff wurde mit überzeugender Mehrheit als Bundespräsident aller Deutschen gewählt.

Themen des Monats

Rücktritt und Neuwahl des Bundespräsidenten 1

Finanzhilfen für Griechenland, Eurostabilität und Sparpläne der Bundesregierung 2

Öffentliche Anhörung zur Zukunft der EU-Agrarpolitik 2

Natur und Kultur im Petitionsausschuss. 3

Sicherheit touristischer Destinationen – Südafrika und Griechenland in der Debatte. 4

Im Wahlkreis unterwegs: die Oderflut, der Biber, Zukunft und Kinder. 4

Wer zwischen den Zeilen der Dankesrede des neuen Bundespräsidenten liest, wird bei ihm viele Tugenden entdecken, auf die es in diesem hohen Amt ankommt: Dankbarkeit, Demut und Versöhnlichkeit aber auch Durchhaltevermögen und Willenskraft. Wulff hat nach eigenem Bekunden mehr aus Niederlagen denn aus Siegen gelernt. Diese Kraft und Lebenseinstellung braucht es, um für unser Land in schwierigen Zeiten zu wirken.

Finanzhilfen für Griechenland, Eurostabilität und Sparpläne der Bundesregierung

Auch bei den jüngsten Finanzentscheidungen der Bundesregierung ging es darum, Schaden von Deutschland abzuwenden. Die Fakten sind bekannt: Griechenland wurden Finanzhilfen in Höhe von 22,4 Mrd. Euro als verzinster Darlehen zugesagt. Vier Fraktionssitzungen und neun namentliche Abstimmungen später war das Gesetz zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und Grünen beschlossen. Gesetzgebung im sogenannten verkürzten Verfahren und mit deutlich erhöhtem Abstimmungsbedarf in den Fraktionen – nur allzu verständlich angesichts der zu beschließenden Gewährleistungen in Milliardenhöhe.



Reichstag

Die Stabilität des Euro-Systems soll durch ein Gesamtkreditvolumen von 750 Mrd. Euro sichergestellt werden, zu denen die Bundesrepublik 123 Mrd. beisteuert. 250 Mrd. Euro stammen aus Mitteln des Internationalen Währungsfonds (IWF). Mit der Zustimmung zum Stabilisierungsgesetz habe ich mich schwer getan. Wie viele, darunter namhafte Experten, halte ich die gegenwärtige Krise für eine Entwicklung, deren Tragweite bestenfalls in Umrissen erkennbar ist. Und jeder, der in der Familie oder im eigenen Unternehmen finanzielle Entscheidungen zu treffen hat, kann nachvollziehen, dass mir die Eile der Beschlussfassung Sorge bereitet. Zudem hätte ich mir gewünscht, dass Griechenland – wie jeder Schuldner im täglichen Leben – zunächst stärker in die Pflicht genommen worden wäre, selbst Abhilfe zu schaffen. Aber es geht letztlich um eine Krise internationalen Ausmaßes, die weit über den

Euro-Raum hinausreicht. Deshalb blieb mir und anderen Parlamentariern nur der Spielraum, eine für Deutschland als Exportnation verheerende Destabilisierung des Euro zu verhindern. Umso wichtiger ist es, dass wir hierfür mittel- bis langfristig gut aufgestellt sind, d.h. unseren eigenen Etat im Griff haben.

Die Gespräche über drastische Einsparungen im Bundeshaushalt sind noch in der Anfangsphase. Das Sanierungsprogramm, das zur Vorbedingung für die finanzielle Unterstützung an Griechenland gemacht wurde, ist auch bei uns längst fällig. Entscheidend wird sein, dass wir uns dabei deutlich mehr Zeit nehmen und nicht außer acht lassen, was den Kern unserer Sozialen Marktwirtschaft ausmacht: diejenigen, die sich nicht selbst helfen können, zu unterstützen und zugleich Anreize für ein gesundes Wachstum zu schaffen.

Öffentliche Anhörung zur Zukunft der EU-Agrarpolitik

In Brüssel beginnen derzeit die Verhandlungen über die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) in der neuen Finanzperiode nach 2013. Wichtige Weichenstellungen sind vorzunehmen. Um wissenschaftliche Stellungnah-

men zum Thema zu erörtern, lud der Landwirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages im Mai zu einer dreistündigen Öffentlichen Anhörung. Dort diskutierte ich mit Vertretern des Deutschen Bauernverbandes (DBV), des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV), dem Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Till Backhaus sowie Einzelsachverständigen des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und der Stiftung Euro-Natur.



Im Mittelpunkt des Meinungsaustausches stand die Frage, ob die Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe beibehalten, modifiziert oder abgeschafft werden sollen. Landwirte erbringen im Sinne des Gemeinwohls Leistungen für den Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie für den Erhalt der Kulturlandschaft. Diese werden nicht vollständig über den Markt ausgeglichen. Die Europäische Union gewährt daher finanzielle Hilfen, die laut einiger Experten jedoch teilweise zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Sie regten deshalb Modifizierungen der GAP-Ziele und Instrumente an, um Nachteile im weltweiten Handel und für Agrarbetriebe im strukturschwachen Osten Deutschlands zu beseitigen. Anderen ging dies nicht weit genug. Sie stellten das System der EU-Landwirtschaftspolitik grundsätzlich in Frage, forderten dessen vollständige Umgestaltung und eine schrittweise Reduzierung der Direktzahlungen.

Über das künftige Leitbild der europäischen Agrarpolitik und die Zielgenauigkeit der GAP-Instrumente werden wir uns gerade in den kommenden Monaten auf allen Ebenen weiter intensiv austauschen müssen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der internationalen Wirtschaftskrise gilt es, finanzielle Ressourcen der EU in Zukunft effektiver einzusetzen. Festzuhalten bleibt aber, dass Landwirtschaftspolitik weit mehr ist als die Produktion von Nahrungsmitteln oder das Verteilen von Geld. Sie muss auf geänderte internationale Rahmenbedingungen wie den Klimawandel reagieren. Und sie soll Bauern trotz knapper Kassen in den öffentlichen Haushalten in die Lage versetzen, nachhaltig und wettbewerbsfähig zu wirtschaften. Daher müssen wir benachteiligte Gebiete auch weiterhin besonders fördern.

Natur und Kultur im Petitionsausschuss

Am 17. Mai lud der Petitionsausschuss zu seiner zweiten öffentlichen Sitzung in der laufenden Wahlperiode. Überschreitet eine Petition das Quorum von mehr als 50.000 Unterstützern, werden die Petenten zu einer öffentlichen Ausschusssitzung geladen. Dort haben die Abgeordneten die Möglichkeit mit Bürgern und Vertretern der Bundesregierung zu beraten.

In diesem Monat wurden Seenprivatisierung, GEMA und gewalthaltige Computerspiele diskutiert. Die Privatisierung ehemals staatseigener Seen in den Neuen Bundesländern hat in den letzten Monaten für einige Aufregung gesorgt. Während der Petent die Sorgen der Anwohner vortrug, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär für Finanzen Steffen Kampeter (CDU), dass sowohl private als auch öffentliche Eigentümer dieselben Auflagen einzuhalten hätten. Man müsse sich außerdem darüber im Klaren sein, dass die Übertragung der Seen auf die Öffentlichkeit lediglich eine zusätzliche Belastung der Kommunen bedeute.

Bei der Petition, die sich mit der Geschäftspraxis der GEMA (Gesellschaft für



Blindenfußballländerspiel vor dem Reichstag.
Deutschland gegen Türkei, Deutschland hat gewonnen

musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte) befasste, ging es weniger kontrovers zu. Im Anschluss an eine komplexe Debatte über die Rechteverwaltung von Musikern, zu der Veranstalter und Kleinkünstler aufgerufen hatten, waren längst nicht alle Fragen beantwortet. Das Thema GEMA wird also auch noch in Zukunft für Gespräche im Ausschuss sorgen.

Denn es geht dabei um nicht weniger als um die Existenz vieler Kulturschaffender und die Förderung des künstlerischen Nachwuchses in unserem Land.

Öffentliche Anhörungen geben einen Eindruck davon, wie breit das Spektrum der Bürgereingaben reicht. Außerdem können Interessierte die Arbeit des Petitionsausschusses live miterleben. Ein spannendes Erlebnis, das ich allen Berlinbesuchern empfehle. Für 2010 sind noch drei weitere öffentliche Ausschusssitzungen geplant.

Sicherheit touristischer Destinationen – Südafrika und Griechenland in der Debatte

Krisen und Naturkatastrophen spiegeln sich häufig im Buchungsverhalten von Touristen wider. In Südafrika läuft die Fußball-Weltmeisterschaft. Viele wollen dieses Großereignis nicht nur vor dem Fernseher, sondern auch vor Ort in den Stadien miterleben. Massenveranstaltungen dieser Art bergen Risiken. Wichtig waren daher die Ausführungen des südafrikanischen Botschafters im Tourismusausschuss am 5. Mai. Er versicherte, dass sein Land große Anstrengungen unternommen habe, um die Sicherheit der Fans zu gewährleisten. Man habe außerdem bereits Erfahrungen in der Ausrichtung internationaler Sportereignisse. Dabei sei es noch nie zu Zwischenfällen gekommen. Die Buchungszahlen aus Westeuropa seien allerdings noch eher verhalten, allerdings eher wegen der großen Entfernung und hoher Reisekosten als aufgrund von Sicherheitsbedenken.

In den letzten Wochen gingen noch andere Bilder um die Welt: In Griechenland demonstrierten Tausende gegen Sparmaßnahmen im Land. Teilweise kam es dabei zu Gewaltexzessen. In der Sitzung des Ausschusses am 19. Mai schilderten der designierte griechische Botschafter und Vertreter der Fremdenverkehrsverbände ihre Sicht der Dinge. Die negative Berichterstattung habe zu zahlreichen Stornierungen geführt. Allerdings seien die beliebten touristischen Ziele des Landes von den Protesten überhaupt nicht betroffen. Besucher könnten ihren Urlaub dort ungestört und sicher verbringen.

Im Wahlkreis unterwegs: die Oderflut, der Biber, Zukunft und Kinder

Die Wochen im Wahlkreis sind immer eine Zeit angenehmer wie eindrucksvoller und erfahrungsreicher Begegnungen. So hatte ich Ende Mai die Möglichkeit, beim Nachwuchs unserer Region in verschiedenen Kindertagesstätten zu Gast zu sein. Dabei



Erfolgreiche Bildung beginnt im Kindergarten



Solar 3000 - erfolgreich in Hoppegarten

konnte ich den Kindern Lernsoftware überreichen, die unter der Schirmherrschaft des Bundesfamilienministeriums entwickelt worden ist. Ziel ist ein vereinfachtes Lernen des Alphabets, indem spielerisch Sprache und Bild verbunden werden.

Im Gespräch mit den Kita-Leiterinnen kristallisierte sich der Personal-mangel als großes Problem heraus, da in den berlinnahen Gemeinden die Platznachfrage steigt, zugleich

die Hauptstadt aber für Erzieherinnen höhere Löhne zahlt. Hier sind die Kommunen gefragt, tragfähige Lösungen zu erarbeiten.

Interessante Einblicke in eine junge dynamische Firma gewährte mir ein Besuch bei „Solar3000“ in Hoppegarten. Das Unternehmen hat sich auf regenerative Energien spezialisiert. Die – im Moment durch den Bundesrat gestoppten – Änderungen im Bereich der Solarförderung sowie Investitionsmöglichkeiten in diesem Bereich waren Anlass zu ausgiebigen Erörterungen.

Einblicke ganz anderer Art boten sich mir bei einem Besuch am Oderdeich. Die Biberschäden haben ein solches Ausmaß angenommen, dass hart durchgegriffen werden muss, will man weitere und noch größere Schäden von Mensch und Natur abwenden. In diesem Zusammenhang ist die Festlegung von Abschussquoten auf polnischer Seite sehr zu begrüßen. Unverständlich bleibt die fast gleichgültige Haltung der Landesregierung, welche die Menschen im Oderbruch mit dem Problem allein lässt. Ich werde mich mit allen Mitteln dafür einsetzen, bei diesem Thema zu einer Lösung zu kommen, wie sie in anderen Bundesländern schon längst gang und gäbe ist.

Die Schäden durch den Biber erschwerten auch in hohem Maße die Arbeit der zahlreichen Helfer an den Deichen. Ihnen möchte ich meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen. Durch ihren Einsatz über viele Tage hinweg konnte das Oderbruch vor einem Deichbruch bewahrt werden.

Ich wünsche Ihnen einen kühlen Kopf bei diesen hochsommerlichen Temperaturen und grüße Sie herzlich,

Ihr

PS:

Liebe Leserinnen und Leser, bald beginnt die parlamentarische Sommerpause. Mein Brief aus Berlin erreicht Sie bereits seit einem halben Jahr.

Bitte schreiben Sie mir bis zum 1. September, ob Sie diese Information weiter beziehen möchten und welche Anregungen und Wünsche Sie für die nächste Ausgabe haben.

Vielen Dank!